

Resolution der Psychotherapeutenkammer Hessen
zur Reform der Aus- und Weiterbildung von Psychotherapeutinnen und
Psychotherapeuten
Wiesbaden, 27./28. Oktober 2017

Ausbildungsreform jetzt!

Die Psychotherapeutenkammer Hessen fordert die zukünftigen Regierungsparteien auf, sich für die Umsetzung der bereits begonnenen Überarbeitung des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG) einzusetzen und den in der 18. Legislatur begonnenen fruchtbaren Reformprozess, initiiert durch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), zügig fortzusetzen. Wir fordern die regierungsbildenden Parteien auf, die Reform des PsychThG auf der Basis des Arbeitsentwurfs des BMG vom Juli 2017 in ihren Koalitionsvertrag aufzunehmen sowie die rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für die Weiterbildung zu schaffen.

Ohne die Reform müssten zukünftige Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihren Beruf weiterhin unter prekären finanziellen Bedingungen in einer arbeitsrechtlichen Grauzone erlernen. Die Zugangsvoraussetzungen würden weiter je nach Bundesland differieren und die damit verbundene Rechtsunsicherheit würde fortgesetzt werden.

Erste wichtige Schritte der Reform sind mit dem vorgelegten ersten Arbeitsentwurf des BMG gemacht. Dies wird von der Psychotherapeutenkammer Hessen ausdrücklich begrüßt. Der DPT wie auch die überwiegende Mehrheit der Berufs- und Fachverbände stehen grundsätzlich positiv zu dieser Reform.

Die PTK Hessen hat diesen Prozess intensiv und durchaus auch kritisch begleitet und mitgestaltet und unterstützt den Reformprozess. Insofern widersprechen die Delegierten der PTK Hessen der Stellungnahme des Spitzenverbands Fachärzte Deutschlands (SpiFa) vom 13.10.2017. Dort wird vor der drohenden Schaffung eines „neuen approbierten Heilberufs“ gewarnt und die Psychotherapeutenschaft als zusammengesetzt aus „Ärzten, Psychologen, Sozial-Pädagogen“ bezeichnet. Die fast 20 Jahre seit Verabschiedung des PsychThG 1998 scheinen am SpiFa spurlos vorübergegangen zu sein. Die damals neu geschaffenen Berufe des PP und KJP haben nachhaltig zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung beigetragen. Falschbehauptungen über einen Berufsstand wie in der Stellungnahme des SpiFa schaden der interprofessionellen Zusammenarbeit und sollten zugunsten einer sachgerechten Diskussion unterbleiben.